

(Präsidentin Birgit Hesse)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Öltanker „Eventin“ freigeben – Küsten- und Umweltschutz geht zweifelhaften Sanktionen vor, Drucksache 8/5687.

Antrag der Fraktion der AfD

**Öltanker „Eventin“ freigeben –
Küsten- und Umweltschutz geht
zweifelhaften Sanktionen vor
– Drucksache 8/5687 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit unserem Antrag fordern wir die sofortige Freigabe des vor Sassnitz liegenden Öltankers „Eventin“. Das vom Zoll an die Kette gelegte Schiff droht mit seiner Ladung von 100.000 Tonnen Öl durch Sturm oder Anschlag zu einer riesigen Ölpest für Rügen und die Ostsee zu werden. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden.

Die „Eventin“ trieb im Januar infolge eines Stromausfalls manövriertunfähig in der Ostsee und wurde deshalb in den Bereich vor Sassnitz geschleppt und dort festgesetzt. Im Februar wurde das Schiff als der russischen Schattenflotte zugehörig gelistet und damit sanktionierte. Einen Monat später wurden Schiff und Ladung vom Zoll zum Zwecke der Verwertung eingezogen und beschlagnahmt. Dies wurde mit den gegen Russland verhängten Sanktionen begründet, wonach die Ein- und Ausfuhr embargobehafteter Ware in der EU verboten ist. Dagegen klagen der Eigentümer und der Charterer, sie machen geltend, dass das Schiff nicht freiwillig, sondern nur wegen der Havarie in die deutschen Hoheitsgewässer gelangt und zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht sanktionierte gewesen sei.

Mit Beschluss vom 9. Mai setzt das Finanzgericht Greifswald im Eilverfahren die Vollziehung der Einziehung aus. Im Wesentlichen wird die Entscheidung damit begründet, dass hier eine Ausnahmeregelung der EU-Sanktionsverordnung greife, die

dem völkerrechtlich anerkannten Nothafenrecht entspreche. Hierzu das Gericht, ich zitiere: „Das Nothafenrecht soll es Schiffen in Seenot grundsätzlich ermöglichen, einen nahegelegenen Hafen anzulaufen beziehungsweise sich in einen solchen Hafen schleppen zu lassen. Dem trägt der genannte Ausnahmetatbestand Rechnung, indem er die Verbote“ der EU-Verordnung „im Falle der Seenot außer Kraft setzt. Solche Schiffe können in einen Nothafen geschleppt werden und dürfen diesen auch wieder verlassen.“ Kapitän und Besatzung werden durch die Befürchtung, den Hafen gar nicht anlaufen und ihn sodann auch nicht wieder verlassen zu dürfen, nicht daran gehindert, Nothilfe in Anspruch zu nehmen.

Der Bundesfinanzhof hat gestern die Beschwerde des Hauptzollamtes gegen den Beschluss des Finanzgerichts Greifswald zurückgewiesen. Er teilt die von der Vorinstanz geäußerten begründeten Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Einziehungsverfügung in vollem Umfang. Er stützt sie genau wie das Finanzgericht im Wesentlichen auf das Nothafenrecht, und die Begründung ist überzeugend. Und auch wenn wir uns noch immer in einem Eilverfahren befinden, die Entscheidung des Bundesfinanzhofs ist ein klares Präjudiz für das Hauptsacheverfahren. Die Missachtung des völkerrechtlich anerkannten Nothafenrechts durch unsere Zollbehörden beziehungsweise die dahinterstehende Bundesregierung ist unverzeihlich, denn die Geltung und Beachtung des internationalen Seerechts ist für Deutschland als Exportland von einem eigenen elementaren Interesse.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Beschluss des Bundesfinanzhofs ist eine schallende Ohrfeige für die Zollbehörden beziehungsweise die dahinterstehende Bundesregierung, denn diese hat in ihrem Sanktionseifer die Rechtslage offensichtlich grob fehlerhaft verkannt und darüber hinaus das Risiko nicht bedacht, das von diesem Tanker mit seiner riesigen Ölmenge für die Umwelt ausgeht. Sie ist rechtsirrig davon ausgegangen, das Schiff nebst Ladung kurzfristig verwerten zu können. Jetzt stehen sie vor dem Dilemma, das Schiff entweder freizugeben oder weiter an der Kette zu halten und damit eine Umweltkatastrophe zu riskieren. Denn jetzt im Winter besteht das reale Risiko, dass sich das Schiff in den zu befürchtenden schweren Winterstürmen von der Ankerkette losreißen und leckschlagen oder sogar auseinanderbrechen könnte. Würde sich

dieses Risiko verwirklichen, so hätte dies für Rügen und die ökologisch empfindliche Ostsee eine katastrophale Auswirkung auf Jahrzehnte. Davor warnen die Rüganer und Umweltschützer. Keiner der hierzu gehörten Experten kann eine solche Katastrophe ausschließen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Daneben existiert ein weiteres unkalkulierbares Risiko, vor dem wir uns bei einer nüchternen Analyse fürchten müssen. Kein Land ist bisher so robust gegen die sogenannte Schattenflotte vorgegangen wie Deutschland. Das darf aus der Sicht Putins keine Schule machen. Für ihn ist die freie Durchfahrt auf See lebenswichtig. Wie nah- oder fernliegend ist bei dieser Lage die Vorstellung eines Anschlags, den man ausführen lässt, ohne dabei selbst als Akteur in Erscheinung zu treten?

(Enrico Schult, AfD: Kennen wir ja!)

Sozusagen ein Anschlag nach dem Muster des Nord-Stream-Anschlags, nur dass dieser hier bei 100.000 Tonnen Öl über Wasser viel einfacher auszuführen wäre als der Anschlag gegen die Pipeline. Dass der Angriff auf Öltanker auf offenem Meer trotz der immensen Umweltschäden kein Tabu mehr ist, hat die Ukraine mit ihren jüngsten Drohnenangriffen auf Öltanker der russischen Schattenflotte

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

unter anderem im Schwarzen Meer gerade vorgemacht.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Wird natürlich kaum berichtet.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau!)

Verlegen Sie diese Angriffe in die Ostsee, um das reale Eskalationsrisiko in vollem Umfang zu begreifen.

(Petra Federau, AfD und
Jens-Holger Schneider, AfD: Genau! –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Meine Damen und Herren, man kann es drehen und wenden, wie man will, Deutschland steht am Ende in jedem Fall blamiert da.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

In Konsultationen mit Brüssel und verbündeten Staaten wurde die „Eventin“ unter Ausnutzung der Havarie zunächst auf die Sanktionsliste gesetzt und danach zur Verwertung von Schiff und Ladung eingezogen, und jetzt muss man erkennen, dass dieser Sanktionsschritt zum Bumerang geworden ist und uns bestenfalls eine Menge Geld für die Beschlagnahme und die Obhut des Schiffes kosten wird. Auf der anderen Seite hat sich unsere Justiz als ein Leuchtturm der Rechtsstaatlichkeit bewährt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Julian Barlen, SPD: Na so was! –
Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Sie hat dem Sanktionsdruck widerstanden und mit ihren Entscheidungen das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat und dessen Verlässlichkeit gestärkt. Dieses starke Signal für den Rechtsstaat kann allerdings den durch das unbedachte und riskante Vorgehen der Bundesregierung unserem Land zugefügten Ansehensverlust kaum ausgleichen.

Meine Damen und Herren, was ist jetzt zu tun? Darauf kann es im Interesse unseres Landes nur eine Antwort geben,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und die heißt unverzügliche Freigabe des Schiffes und weg damit in die internationalen Gewässer.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Schutz unseres Landes, der Schutz unserer wunderbaren Insel Rügen, der Schutz unserer ökologisch sensiblen Ostsee geht jeden nur denkbaren Sanktionen gegen Russland vor.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

Darin, meine Damen und Herren, sollten wir uns hier eigentlich alle einig sein. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich mit allen Kräften für eine Freigabe der „Eventin“ einzusetzen. Zeigen Sie Rückgrat und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprache von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Ich höre und sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Und bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule Lützow. Herzlich willkommen hier bei uns im Landtag! Schön, dass Sie da sind!

Ich rufe auf für die Landesregierung den Landwirtschaftsminister Herrn Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch als Umweltminister und Klimaschutzminister spreche ich hier für die Landesregierung, und ich will auch auf das Thema sehr deutlich eingehen. Gestern habe ich ja schon versucht, Herr Förster, Ihnen schon mal darzustellen, in welcher Lage wir uns befinden. Ich sage ausdrücklich, ich bin kein Jurist, aber ich sage

an dieser Stelle auch, Sie sind Jurist und Richter. Und insofern, glaube ich, darf man heute feststellen, das gestrige Urteil betrifft internationales Recht, europäisches Recht und im Übrigen dann auch noch die Frage der deutschen Rechtsauslegung. Und deswegen sage ich hier heute in aller Deutlichkeit, die Landesregierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat im Übrigen auch in Zusammenarbeit mit dem Havariekommando am 8./9. und 10. Januar dieses Jahres die Katastrophe verhindert. Ich sage das hier an dieser Stelle noch mal sehr deutlich, und das ist eine Leistung,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und Marc Reinhardt, CDU –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

die gar nicht hoch genug anzurechnen ist.

Punkt eins in dem Zusammenhang, im Übrigen haben wir uns immer wieder an die Bundesregierung gewandt, um mit allen Möglichkeiten im Übrigen auszutarieren, dieses Schiff wirklich loszuwerden. Ich sage das hier in aller Klarheit, und ich sage auch hier, die Sorgen der Menschen auf der Insel Rügen, die nehmen wir nicht nur ernst, im Übrigen auch jetzt dieses Thema zum Jahreswechsel – da sind wir eine Tourismushochburg – und dies jetzt auch medial hochzufahren, ist natürlich auch von Ihnen natürlich Kalkül.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ich sage hier und heute, ich sage hier und heute,

(Petra Federau, AfD: Oh! –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Genau das ist es nämlich! Das Spiel
mit der Angst ist das Spiel der AfD!)

ich sage hier und heute, von diesem Schiff geht aktuell keine Gefahr aus.

(Zurufe von Petra Federau, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Welche Temperatur hat das Öl, wissen Sie das? 14 Grad! Ist das fließfähig? Nein, ist es nicht, sondern es müsste erst angewärmt werden auf 42 Grad, um diese 100.000 Tonnen überhaupt zur Fließfähigkeit zu bringen. Bitte nehmen Sie das fachlich mit!

Und wir machen uns die allergrößten Sorgen, dieses Schiff wirklich endlich loszuwerden, das betone ich noch mal. Und wir haben juristisch ...

(Jens-Holger Schneider, AfD: Warum brennt
denn das Schiff im Schwarzen Meer? Komisch!)

Das werden Sie ja hoffentlich wissen!

Wir haben hier einen Präzedenzfall. Wir haben auf der einen Seite im Übrigen den Sanktionsmechanismus, und Ihr letzter Absatz in Ihrem Antrag, der macht es ja deutlich, und Sie haben es ja eben auch gesagt: Sie wollen die Schattenflotte weiter unterstützen

(Marcel Falk, SPD: So ist es. –
Dr. Robert Northoff, SPD: Genau!)

und damit im Übrigen Ihre energiepolitische Geisterfahrt, Ihre energiepolitische Geisterfahrt fortsetzen.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, Die Linke und
Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und in dem Zusammenhang, ich nehme Sie wirklich auch ernst in dieser Sache, aber wenn ich mir das anschaue, rein auch von Ihrer Argumentationslinie in den letzten Wochen, Monaten, Jahren, dann sage ich,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

wir werden an der Ostsee, nach dem Wunsch der AfD werden wir ein Atomkraftwerk bekommen,

(Marcel Falk, SPD: Genau! –
Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Richtig!)

an der Müritz werden wir eines bekommen,

(Thore Stein, AfD: Eins reicht
für unser Land, eins reicht!)

und an der Elbe wird dann auch noch ein Atomkraftwerk in Mecklenburg-Vorpommern gebaut. Das ist Ihre energiepolitische Geisterfahrt. Das ist der eine Punkt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Marcel Falk, SPD: Genau! –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Keine strahlende Zukunft!)

Der zweite Punkt ist, ja, wenn wir uns gegenseitig ernst nehmen und der Sanktionsmechanismus greift, dann wird im Übrigen auch die Finanzierung für diesen unsäglichen Krieg unterbrochen.

(Stephan J. Reuken, AfD:
Das funktioniert ja super!)

Ich habe das gestern Abend schon mal versucht, das Wichtigste überhaupt wäre, wirklich mit der Diplomatie zu arbeiten, um damit endlich Frieden in Europa und das Haus Europa, für das ich auch auf die Straße gegangen bin – dadurch sind Sie hierhergekommen im Übrigen, ja –,

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke
und Dr. Robert Northoff, SPD)

dafür zu sorgen, dass Frieden einkehrt und dass endlich dieser schreckliche Krieg in der Ukraine beendet wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Das ist unsere Mission!

(Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Insofern will ich noch einmal sagen, natürlich bin ich auch erschüttert und traurig über das Urteil. Ich hätte mir auch was anderes gewünscht.

Und zum Zweiten, ich habe Ihnen gestern gesagt,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

gestern gesagt, wir haben in Deutschland keinen Hafen, wo dieses, an der Ostsee, dieses Schiff überhaupt anlanden kann. Das nehme ich mit allergrößter Sorge zur Kenntnis. Und wir haben im Übrigen auch den Bund aufgefordert, und es wird jetzt noch mal verstärkt durch das Havariekommando, im Übrigen ausdrücklich mit Übungen und Seenotschlepper, die vor Ort sind. Auch das ist abgesichert, sodass im Falle einer gegebenenfalls Risikosituation sofort eingegriffen werden kann. Deswegen finde ich es noch mal so wichtig, dass wir den Menschen vor Ort sagen, ja, ich habe auch die hohe Erwartung, dass diese Bundesregierung jetzt dafür sorgt, dass das Schiff so schnell wie möglich hier verschwindet, ich sage das ausdrücklich, aber der Sanktionsmechanismus ist durchzuhalten, alles andere wäre Irrsinn.

Und im Übrigen, auch das wissen Sie ja, wenn wir uns mal anschauen, wie viele Schiffe von dieser Schattenflotte mittlerweile auf den Weltmeeren, im Übrigen zwischen acht und zwölf pro Tag in Mecklenburg-Vorpommern, nämlich die Kadetrinne durchfahren. Wissen Sie das? Wollen Sie diese Schiffe, die im Übrigen mit einem hohen Risiko verknüpft sind,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Darum
geht es gar nicht, es geht um die „Eventin“.)

die im Übrigen auch unter Billigflagge fahren, die im Übrigen auch zum Teil sogar ihre ganze Navigation ausschalten können, mit allen Risiken, ich will da nicht näher darauf eingehen, wollen Sie das unterstützen? Das können Sie nicht!

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Stephan J. Reuken, AfD: Steht das im Antrag?)

Sie sind eine Gefahr für diese Welt,

(Zurufe von Petra Federau, AfD,
und Stephan J. Reuken, AfD)

für diese Welt! Diese Schiffe, diese 1.000,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Lesen Sie doch den Antrag! –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

diese 1.000 Schiffe,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Meine Herren! –
Glocke der Präsidentin)

diese 1.000 Schiffe, die im Übrigen überaltert sind und den modernsten Standards, die wir heute in Anspruch nehmen – ein Segen –, diese Schiffe sind aus unserer Sicht ein hohes,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

ein hohes Risiko im Übrigen für den Frieden und dann ganz extrem für den Natur- und Umweltschutz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Marcel Falk, SPD: Genau!)

Da haben Sie das wahrscheinlich richtig verstanden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Unruhe bei Jens-Holger Schneider, AfD)

Deswegen will ich, will ich den Vergleich ausdrücklich, will ich den Vergleich auch zu der Katastrophe, die gestern passiert ist,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

vorgestern in Brandenburg ... Ich hoffe, Sie wissen das.

(Petra Federau, AfD: Ja, natürlich!)

Wie viele Liter sind da ausgelaufen? Liter! Liter!

(Horst Förster, AfD: An Land!)

Das sind 300.000 Liter! Umgerechnet in Lkw-Ladungen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Was hat das mit der „Eventin“ zu tun, mit dem Antrag? Nichts!)

das will ich mal bildlich machen, sind das zehn Lkw-Ladungen. Das Schiff, was vor Rügen liegt,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Meine Güte!)

sind im Übrigen etwa 3.000 LKW-Ladungen, und wir müssen mit aller Kraft verhindern, dass dieses Schiff hier wegkommt und dass diese Katastrophe verhindert wird.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist unsere Arbeit, und daran arbeiten wir.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Deswegen möchte ich noch mal,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Freud'scher Versprecher!)

möchte ich noch mal festhalten, ich glaube wirklich daran, dass diese Bundesregierung möglichst schnell eine Lösung findet, und ich habe heute Morgen oder auch die letzten Stunden selbstverständlich die Kontakte zum Bundesumweltminister und auch zum Bundesfinanzminister gesucht. Im Übrigen, die Ministerpräsidentin hat sich dort seit Wochen mit eingeschaltet, wie auch unserer Ebene sowieso.

(Horst Förster, AfD: Dann
können Sie ja zustimmen.)

Deswegen im Übrigen, auch das Innenministerium ist da mit eingebunden. Auch das wissen Sie. Und die Besatzung, die auf dem Schiff steht, sind deutsche Fachleute,

(Horst Förster, AfD: Hat aber lange gedauert!)

auch das nehme ich zur Kenntnis. Und das Schiff ist im Übrigen auch repariert worden, es ist verkehrstüchtig, auch das nehme ich zur Kenntnis. Und es ist auch ein Segen, dass das zumindest gelungen ist und dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort auf dem Schiff sicher sind und im Übrigen auch gut versorgt werden. Auch das gehört dazu.

Und deswegen glaube ich, noch mal abschließend, Ihnen wirklich in aller Deutlichkeit zu sagen, ich finde noch mal, das, was Sie gesellschaftspolitisch jetzt hier wieder veranstalten, im Zusammenhang mit dem, wie Sie Ihre energiepolitischen, mit auch den anderen Ambitionen – in Klammern: was auch immer dahintersteht –, ich kann das eins und eins zusammenzählen, glauben Sie mir das, das ist eine gesellschaftspolitische,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ja, ja, ist bei Ihnen drei, genau!)

das ist eine gesellschaftspolitische Gefahr, die Sie hier aufziehen,

(Petra Federau, AfD: Meine Güte!)

und im Übrigen für Frieden,

(Petra Federau, AfD: Meine Güte! –
Jens-Holger Schneider, AfD:
Es geht um den Rechtsstaat!)

für Frieden eine Gefahr, eine gesellschaftspolitische Gefahr für Frieden,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, genau!)

Freiheit und für Demokratie. Deswegen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Petra Federau, AfD: Wow! –
Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, ja.)

deswegen,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Keine Antwort auf den Antrag ... –
Zuruf von Petra Federau, AfD)

deswegen, deswegen möchte ich in aller Klarheit noch einmal sagen,

(Petra Federau, AfD: Haben Sie eine Angst
vor den Wahlen, das ist nicht zu glauben! –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Europa muss auch in dieser Frage dieses, dieses besondere Problem der „Eventin“ ist ein Präzedenzfall. Ja, das ist es.

Ich erwarte im Übrigen auch von den Ostseeanrainern, dass sie in der gleichen Art und Weise ihre Verantwortung übernehmen und dass nicht Deutschland allein überlassen. Auch das gehört dazu. Und der Endpunkt muss aus meiner Sicht ganz klar sein, Europa muss zusammenhalten, ausdrücklich zusammenhalten, und dieser Krieg muss mit kluger Diplomatie und mit aller Kraft so schnell, wie es irgend möglich ist, zu Ende geführt werden.

(Zurufe von Petra Federau, AfD,
und Horst Förster, AfD)

Die Friedenspolitik im Übrigen, noch mal, die Friedenspolitik und die Demokratie, für die die Sozialdemokratie steht, darauf bin ich stolz, hat uns, hat Ihnen, hat uns 80 Jahre Frieden beschert, und ich bin stolz darauf, dass diese Friedenspolitik der Demokraten die längste Phase von Frieden eingeleitet hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zurufe von Petra Federau, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Das Haus,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

das Haus Europa, das Sie ja auch anzweifeln, auch das nehme ich immer wieder zur Kenntnis,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Da kommt gar nichts.)

auch mit der Argumentation,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das kam alles von Trump.)

die Sie in Teilen so versteckt und, glaube ich,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Meine Herren!)

auch mit einiger Energie unterlegt untermauern. Eines ist für mich noch mal klar, unser Haus Europa muss bestehen bleiben, auch im Interesse der nachfolgenden Generationen. Wir sollten das niemals vergessen, was wir für eine glückliche Zeit erleben dürfen, in Frieden, Freiheit und Demokratie leben zu dürfen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Horst Förster, AfD: Das müssen

Sie mir gerade sagen! –
Zuruf von Petra Federau, AfD)

Deswegen brauchen wir diesen Rechtsstaat. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank Herr Minister!

Herr Minister, mir liegt noch eine Kurzintervention von Herrn Förster vor,

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

und ich weise darauf hin, dass der Minister die angemeldete Redezeit um fünf Minuten überschritten hat.

(Thore Stein, AfD: Kam aber wenig bei rum.)

Herr Förster, Sie haben das Wort!

Horst Förster, AfD: Herr Minister, zunächst möchte ich Ihnen danken für den Beginn Ihrer Ausführungen, wo Sie mit aller Klarheit gesagt haben, dass Sie auch wollen, dass, wie gestern, dass das Schiff hier aus unseren Gewässern verschwindet. Am Ende hatten Sie einen Versprecher, wo Sie sagten, es soll mit aller Kraft verhindert werden, dass das Schiff – das war ein Versprecher offensichtlich.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Das muss er aber noch mal wiederholen.)

Aber in der Folge ...

Minister Dr. Till Backhaus: Nein.

Horst Förster, AfD: Das war ein Versprecher, ganz klar, haben Sie wahrscheinlich gar nicht selbst gemerkt.

(Petra Federau, AfD:
Das war kein Versprecher?)

Aber danach, weil Sie keine weiteren Argumente haben, weichen Sie dann aus in einen riesigen Blumenstrauß von Verdächtigungen

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau!)

und Unterstellungen, Beschimpfungen gegenüber der AfD, die alle nichts mit dem Thema zu tun haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Wenn es um die Sanktionen geht, die stehen gar nicht zur Frage hier. Das Urteil unterstellt ja auch die Richtigkeit der Sanktionen. Aber die Sanktionen und das Sanktionsrecht muss eben auch rechtssicher angewandt werden. Und Sanktionen – es klingt ja auch bei Ihnen so an, als ob man nach dem geltenden Sanktionsrecht die Schiffe der Schattenflotte irgendwo sich greifen könnte, wie man will. Das ist nicht so. Es gilt auch für diese Schiffe, die ja keineswegs den Russen unbedingt gehören,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

gilt das Recht der Freiheit der Meere und der freien Durchfahrt. Diese Schiffe können nicht, auch unsere, wir dürfen und können nicht die Schiffe irgendwo in der Ostsee kapern. Wir können keine Sanktionspiraterie betreiben. Und darum geht es, dass das Sanktionsrecht überhaupt nicht infrage gestellt war. Es gilt aber auch das internationale Recht, dazu gehört das Nothafenrecht, und der Sinn dieses Nothafenrechts, das wird hier besonders deutlich, dass der Kapitän eben keine Angst haben muss, wieder den Hafen nicht verlassen zu dürfen, und deshalb vielleicht das

Risiko einer Ölpest eingeht. Das ist der klassische Fall, wo das Nothafenrecht seinen Sinn auch deutlich macht.

Und dann kommen Sie plötzlich und sagen uns, also dieser Rundumschlag: Gefahr für Frieden, Freiheit, die Sie sehen. Welche Fraktion redet denn die ganze Zeit davon, dass die Fortsetzung des Krieges mit dem Glauben, dass wir erst verhandeln können, wenn Russland sozusagen halb besiegt ist oder die Ukraine nur aus einer Position der Stärke verhandeln soll?! Das sind doch Ihre Positionen alles. Wer hat denn von Anfang an gesagt, dass dieser Krieg diplomatisch beendet werden muss? Das waren wir doch vor allem,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und das hat im Übrigen alles gar nichts mit dem Thema zu tun.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, ich weise darauf hin, dass die Zeit für die Kurzintervention jetzt abgelaufen ist, und frage den Minister, ob er darauf erwidern möchte.

Minister Dr. Till Backhaus: Also den vermeintlichen Versprecher, ich habe ganz klar gesagt, wir müssen alles verhindern, um von diesem Schiff eine Katastrophe ausgehen zu lassen. Das habe ich damit gemeint, und dazu stehe ich auch.

Und natürlich, Sie fangen jetzt wieder an bei dem nationalen/internationalen Seerecht, dem Nothafenrecht. Jawohl, das ist gestern bestätigt worden und das gibt es ja nicht erst seit gestern. Im Übrigen weise ich noch mal darauf hin: Ist das Schiff denn in einem Hafen gewesen?

(Petra Federau, AfD: Er kann
nicht antworten, Mensch!)

Nein, ist es nicht, weil es an der Küste der Ostsee keinen Hafen gibt, wo dieses Schiff auf deutschem Hoheitsgebiet einlaufen kann. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das auf hoher See gelungen ist im Übrigen zu reparieren.

Noch mal, deswegen wird es ja eine juristische Fragestellung weiter geben in dem Zusammenhang und ich plädiere ausdrücklich dafür, dieses Schiff so schnell wie möglich auch noch mal von unserem Standort aus den Hoheitsgewässern von Deutschland zu entfernen und auf der anderen Seite den Sanktionsmechanismus auch zu akzeptieren und ihn auch zu ahnden.

Und insofern will ich noch mal festhalten, für uns ist das wirklich ein Thema, mit dem wir uns seit dem 9. Januar dieses Jahres auseinandersetzen, und uns hier den Vorwurf – deswegen habe ich so reagiert, wie ich reagiert habe –, uns den Vorwurf zu machen, wir würden uns um das Problem nicht kümmern, da kann ich Ihnen nur noch mal sagen, das ist alles dokumentiert

(Petra Federau, AfD: Das hat er mit
keiner Silbe gesagt, mit keiner Silbe!)

und das ist auch unser Wille, dass dieses Schiff so schnell wie möglich verschwindet und davon dann keine Gefahr mehr ausgeht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es ja zum Teil schon in den vorherigen Ausführungen gehört, wir haben es hier in der Tat mit einer schwierigen Rechtslage zu tun, die mittlerweile beim Bundesfinanzhof liegt. Von dem Urteil, das gestern vorläufig gesprochen wurde, haben wir ja auch schon gehört. Dabei darf natürlich – und das sehen auch wir so – nicht außer Acht gelassen werden die Bedrohung der Umwelt, vor allem auch vor unserer Küste in der Ostsee, auch – und auch das haben wir ja eben vom Minister

gehört – wenn die Sachverständigen dem Schiff einen guten und technischen, einen guten technischen Zustand bescheinigt haben.

Was wir aber auch glauben, liebe Fraktion der AfD, dass jetzt das einfache Freigeben des Schiffes tatsächlich ein falsches politisches Signal wäre, auch wenn man sich anguckt, wie tatsächlich die Weltlage zurzeit so ist. Vielmehr sollten wir – und das ist unsere Auffassung dazu und dabei unterstützen wir auch die Landesregierung und am Ende ja auch die Bundesregierung – auf eine schnelle, umfassende rechtliche Klärung hinwirken, damit tatsächlich, auch das ist unser Anliegen, dieser Zustand vor unserer Küste schnellstmöglich beendet wird

(Horst Förster, AfD: Was wollen
Sie denn da noch klären?)

und wir dann tatsächlich auch diese Gefahr, die auch von diesem Schiff ausgeht, beseitigt haben. Und deshalb werden wir auch Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Thore Stein, AfD: Das war
etwas dünn, Herr Kollege.)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke Herr Dr. Trepsdorf.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Ich höre gerade, dass die Fraktion Die Linke den Redner zurückgezogen hat. Damit hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort Herr Dr. Terpe.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde Sie bitten,

(Unruhe bei Horst Förster, AfD,
und Marc Reinhardt, CDU)

ich würde Sie bitten, jetzt die Streitgespräche zwischen den Bänken zu beenden, da ich den nächsten Redner aufgerufen habe, der sich jetzt auf den Weg macht, ans Pult zu gehen.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Anfang erst mal festhalten, dass der Antrag der AfD zum Zeitpunkt der Einreichung falsch war,

(Enrico Schult, AfD: Wieso das denn?)

weil es motiviert war durch Ihre energie- und bündnispolitische Irrfahrt,

(Horst Förster, AfD: Wie kommen
Sie auf diese Schnapsidee?)

die Sie seit Langem unternehmen.

(Horst Förster, AfD: Sie suchen
doch krampfhaft nach Gründen,
um irgendetwas sagen zu können!)

Und es ist immer so, wenn dann der Aufschrei beginnt, dann ...,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Horst Förster, AfD: Kommen Sie zum Punkt!)

der Aufschrei beginnt,

(Glocke der Präsidentin)

dass getroffene Hunde bellen. Das kenne ich schon.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Man kann in der ganzen Angelegenheit sagen, die Rechtsstaatlichkeit hat gewirkt, und sie wird auch weiter wirken, denn das rechtsstaatliche Verfahren ist bisher noch nicht beendet und so wird es sein.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Dass dieses rechtsstaatliche Verfahren mehrere Ebenen hat, ist klar. Hier hat der Zoll das festgelegt, das Schiff, und hat jetzt in einem Eilverfahren – haben wir ja auch gehört – zunächst erst mal kein Recht für dieses Ding gekriegt. Dann steht das Hauptsacheverfahren aus. Aber was ja noch gar nicht verhandelt worden ist, ist internationales Recht.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Das
internationale Recht ist das Notrecht.)

Klar ist es so, wenn die nicht in Hoheitsgewässern Deutschlands auftauchen, dann können die natürlich fahren. Wir kritisieren ja schon seit Langem nicht nur diese Schattenflotte, aus ganz verschiedenen Gründen, unter anderem aber auch aus den Gründen, dass die ohnehin ein Sicherheitsrisiko darstellen, weil sie zum Teil unter fremden Flaggen fahren, weil sie offensichtlich nicht genügend Mannschaften an Bord haben, um so ein Schiff sicher durch die internationalen Gewässer zu manövrieren.

In diesem speziellen Fall war – ist ja auch gesagt – natürlich der Strom ausgefallen. Auch da waren sie nicht in der Lage, irgendetwas zu machen, und waren ja sogar angewiesen darauf, dass in deutschen Gewässern sozusagen die Sicherheit dieses Schiffes wiederhergestellt wird.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Deswegen gibt es Havariekommandos.)

Und auch aus der Ebene gibt es dort noch rechtsstaatlich ein Recht, also auf anderer Ebene ein rechtsstaatliches Verfahren, was ansteht, nämlich was auch die Kosten betrifft. Und insofern bin ich sehr froh, dass der Landwirtschaftsminister ausgeführt hat, dass alles unternommen worden ist und auch weiter unternommen wird, dass von diesem Schiff in deutschen Hoheitsgewässern so wenig wie möglich Risiko für eine Ölkatstrophe für die Ostsee ...

Und Sie brauchen uns nicht katholisch zu machen,

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

natürlich sind wir auch als Bündnisgrüne natürlich immer dabei zu sagen, wir müssen unsere Umwelt schützen. Aber deswegen können wir rechtsstaatliche Verfahren,

(Zurufe von Petra Federau, AfD,
und Thore Stein, AfD)

rechtsstaatliche Verfahren nicht einfach aussetzen. Und Sie denken nicht bis zu Ende, und das ist der Grund, warum wir Ihren Antrag ablehnen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Damals war er falsch,

(Heiterkeit und Zuruf von Horst Förster, AfD)

und jetzt ist er nicht zu Ende gedacht. Sie wollen vorzeitig die rechtsstaatlichen Verfahren aussetzen. Und das machen wir nicht mit, weil wir ein Rechtsstaat sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Frau Dr. Rahm-Präger.

(Horst Förster, AfD: Es ist doch
herrlich hier, es ist doch herrlich!)

Dr. Sylva Rahm-Präger, SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Am 18.09. hat unsere Ministerpräsidentin einen Brief an den Kanzler geschrieben mit der Bitte, vor Beginn der Winterstürme für dieses Schiff einen anderen Liegeplatz zu finden, einen gesicherten in einem Hafen. Am 04.11. war der Bundeskanzler Friedrich Merz bei uns zu Gast. Er war im Kabinett zu Gast, nicht bei uns, aber im Kabinett, und das Problem „Eventin“ hat dort auch eine Rolle gespielt. Und natürlich ist unser Umweltminister Dr. Backhaus, ich sage mal, permanent mit den Gesprächen im Bund oder tritt mit Gesprächsbedarf an den Bund heran, um dort für dieses Schiff, ich sage mal, die Sicherheit zu gewährleisten, dass dieses Schiff hier auch vor der Küste wegkommt.

Die Sicherheit, das wurde hier schon gesagt, des Schiffes ist gewährleistet. Die Mannschaft wird getauscht, das Schiff ist manövriertfähig. Wenn ein Besatzungsmitglied Probleme hat, wird es dort vom Schiff gebracht und zum Arzt gebracht an Land,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und sozusagen alles das, was man für die Besatzung tun kann und dass das Schiff auch manövriertfähig bleibt – das gehört dazu und gehört zusammen –, das wird gesichert.

(Horst Förster, AfD:
Das hat aber lange gedauert.)

Ich muss mal sagen – und das hat mich jetzt wirklich umgetrieben –, wir haben registrierte 1.378 Schiffe der russischen Schattenflotte, die unterwegs sind, mit Lücken im AIS von acht Stunden und bis zu 200 Kilometern. Das heißt, dieses dringend notwendige Ortungssystem für die Schifffahrt, welches auch vorgeschrieben ist für die internationale Schifffahrt, wird dort einfach mal ausgeschaltet.

Und ich zitiere aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 10.12.2025 – und hier kann man sich vielleicht Gedanken über die wahren Probleme im Ostseeraum machen und über die Risiken, die wir haben mit diesen Schiffen –:

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Es ist der 17. September 2025, kurz vor zwei Uhr morgens ...“, das ist ein Zitat aus der „Süddeutschen Zeitung“, „als der Tanker Rangler unsichtbar wird. Kurz zuvor hatte das 24 Jahre alte Schiff Rohöl im russischen Hafen Ust-Luga geladen, nun durchfährt es die estnische ausschließliche Wirtschaftszone ...“ Dort hat der baltische Küstenstaat „exklusive Hoheitsrechte für Bodenschätze oder Fischerei ... Genau dort, in der Ostsee ..., hört mitten in der Nacht das Ortungssignal der Rangler plötzlich auf zu senden.“ Nach dreieinhalb Stunden „arbeitet das AIS plötzlich wieder“. Das ist hochgefährlich, denn nur über diese Ortungssysteme können sich die Schiffe erkennen – bei Nebel, bei Dunkelheit und auf diesen eng befahrenen Seewegen der Kadetrinne. Das ist Verstoß gegen internationales Recht und das gefährdet unsere Küsten massiv.

Einen Monat nach ihrer Abfahrt aus Ust-Luga befindet sich die „Rangler“ mitten auf dem Indischen Ozean und das Signal ist wieder abgeschaltet, genau neben dem ebenfalls sanktionierten Tanker „Arabesca“. Die Umladung des Rohöls erfolgt auf offenem Indischen Ozean. Das sind die Probleme, die wir haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und ich habe, ganz ehrlich, Herr Förster, so viel Propaganda in so geballter Form hier vorne noch nie gehört,

(Thore Stein, AfD: Was hat der
Indische Ozean mit Rügen zu tun?)

wie Sie das gerade von sich gegeben haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wer sich,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Waren Sie
überhaupt da? Haben Sie überhaupt zugehört?)

wer sich einfach mal die Marine, also diese App runterlädt, wo man die Schiffe verfolgen kann, das ist ganz einfach, da kann man sehen, welche Schiffe gerade bei uns vor Rügen vorbeifahren, mit welcher Ladung. Ich habe das gerade vor einer Dreiviertelstunde gemacht: 55 Tonnen Rohöl der „Runa“ auf dem Weg nach Aliağa in die Türkei,

(Jens-Holger Schneider, AfD: 55.000!)

55.000 Tonnen Rohöl,

(Nikolaus Kramer, AfD:
Das macht es natürlich besser.)

60.000 Tonnen Rohöl von der „KWK Excelsus“ auf dem Weg nach Rotterdam in die Niederlande

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

und 80.000 Tonnen Rohöl auf der „Gregal“ unter der Flagge von Sierra Leone auf dem Weg nach Port Said in Ägypten.

(Jens-Holger Schneider, AfD:

Das ist alles irrelevant, das hat
mit dem Antrag nichts zu tun.)

Das ist alles nicht irrelevant, weil wenn es darum geht, dass irgendwelche Anschläge hier passieren könnten, dann würde das genau oder könnte das genau diese Schiffe betreffen,

(Jens-Holger Schneider, AfD:

Darum geht es alles nicht.)

die nämlich bei uns auch nur 40/50 Seemeilen vor der Küste vorbeifahren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,

Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und Minister Dr. Till Backhaus –

Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –

Zurufe von Horst Förster, AfD,

und Thore Stein, AfD)

Was Sie hier, was Sie uns hier unterstellen wollen und was Sie machen, das ist Angstmachen. Das ist ein sicheres Schiff, was vor ... Ich wohne in Baabe, das ist genau ungefähr vier Seemeilen von meiner Küste entfernt. Meinen Sie, ich habe da Lust drauf, dass das da ist? Aber es wird sich darum gekümmert, dass das dort sicher ist. Das ist die sicherste Position, die im Moment gefunden werden konnte für dieses sanktionierte Schiff. Wir befinden uns in einem Rechtsstaat und ich habe auch wirklich keine Lust, von diesen rechtsstaatlichen, ich sage mal, Verfahren abzuweichen und hier irgendetwas anderes zu erzählen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,

Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das werde ich nicht tun. Und Sie? Sie schüren Ängste und machen den Leuten Angst. Und das ist wirklich verwerflich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Ja.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Herr Domke.

René Domke, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem Schiff und den 99.000 Tonnen Öl an Bord ist schon hinreichend ausgeführt worden. Der Zoll hatte, nachdem das Schiff auf die Küste Rügens zugetrieben ist, sowohl das Schiff als auch die Ladung beschlagnahmt, und die EU-Sanktionen sind hier ja auch angesprochen worden. Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass der Bundesfinanzhof nach der Klage im einstweiligen Verfahren entschieden hat – und das konnten wir ja gestern verfolgen –, dass der Tanker mitsamt Ladung vom Zoll eben nicht verwertet werden darf und die völkerrechtlichen Aspekte wie das Nothafenrecht – und da ist die berechtigte Frage, ist überhaupt ein Hafen betroffen – berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, das ist eine unbefriedigende Situation, weil ein manövrierunfähiger Tanker in dieser Jahreszeit auf Reede auch eine Gefahr darstellen kann. Darüber sind wir uns alle einig. Aber Sie begründen Ihren Antrag mit der unsicheren Rechtslage und der Gefahr, die ja teilweise – es sind ja Experten einbezogen worden – nicht ganz so akut gesehen wird, und es werden ja auch Sicherungen vorgenommen, das haben wir heute auch gehört.

Insofern frage ich mich, Ihr Antrag liefert überhaupt gar keine Lösung. Er schafft weder Rechtssicherheit, noch sichert er oder schützt er unsere Umwelt,

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke)

gerade mit dem, was Sie hier vorgetragen haben. Also es ist überhaupt gar keine Lösung da. Sie haben das Thema nur aufgesetzt, um eine andere Diskussion zu führen, und das haben wir auch schon gemerkt. Aber den Gefallen will ich Ihnen gar nicht tun. Rechtsstaat bedeutet doch wohl, dass wir Gerichtsverfahren, laufende Gerichtsverfahren respektieren und nicht politisch vorgreifen werden. Was erwarten Sie denn heute, was der Landtag hier machen soll? Sollen wir,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sollen wir jetzt die Gewaltenteilung aufheben und uns als Legislative darüber hinwegsetzen und irgendeine Entscheidung treffen, wo das Gericht noch gar nicht in der Hauptsache entschieden hat? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, Herr Förster!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und der Gruppe der FDP)

Im Antrag wird behauptet, die Freigabe sei notwendig, um eine Umweltkatastrophe zu verhindern. Gleichzeitig räumen Sie im selben Antrag ein, dass Experten das Risiko zwar bewertet haben, aber keine akute Gefahr bestätigt haben. Ich sage Ihnen noch mal, als Freie Demokraten stehen wir ganz klar: Rechtsstaatlichkeit ist zu wahren. Und der BFH hat ja gerade mit seiner Entscheidung gestern bewiesen, dass er die Prüfung losgelöst von politischem Druck und umweltpolitischen Aspekten sehr, sehr gründlich vornimmt. Und umgekehrt haben wir gehört, dass die Umweltbehörden zur Sicherung des Tankers und seiner Ladung, also den Tanker und die Ladung vor Havarien schützen.

Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, was wir hier diskutieren. Bei aller berechtigter Sorge auf Rügen – da habe ich vollstes Verständnis dafür – und im Land, dass dieser große Schaden eintreten könnte, bin ich doch beruhigt, dass unser Rechtsstaat funktioniert und eben nicht auf politischen Druck reagieren muss

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Gruppe der FDP)

und die Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz nach wie vor gewährleistet ist. Anders in dem Staat, dessen Öl in diesem Tanker sich befindet. Versuchen Sie mal, das Recht in Russland durchzusetzen, in einer Autokratie! Da werden Sie eine Bauchlandung erleben, meine Damen und Herren. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
der SPD, der Gruppe der FDP und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Marcel Falk, SPD: So ist es.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der AfD Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ja, ich habe Verständnis für Sie alle, dass Sie im Grunde genau spüren, dass Sie keine Argumente haben,

(Unruhe vonseiten der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Rechtsstaat!)

und deshalb ausweichen, alle möglichen Gebiete,

(Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Rechtsstaat ist kein Argument?!)

die sich so anbieten, um die AfD hier zu ächten.

Wie ist es denn zu erklären, dass Minister Backhaus eingangs seiner Rede und gestern ja auch in der Fragestunde sehr emotional betont hat, dass er sich wünsche, dass das Schiff so schnell wie möglich aus unseren Hoheitsgewässern verschwindet, dass sich die Landesregierung dafür schon beim Bund eingesetzt habe?! Und dann plötzlich kommen Sie jetzt dann um die Ecke und sagen, das sei nicht rechtsstaatlich.

Ich will Ihnen das noch mal klarmachen: Das ist richtig, dass wir zunächst uns dann im Eilverfahren befinden, aber es geht hier im Wesentlichen um Rechtsfragen. Und diese Rechtsfragen haben das Finanzgericht und der Bundesfinanzhof als höchstes deutsches Finanzgericht in aller Breite sorgfältig geprüft, und zwar ist es im Wesentlichen ja internationales Seerecht, sorgfältig geprüft, und ich habe keine Argumente dagegen gefunden. Und ich bin bewusst nicht noch weiter in die Tiefe gegangen. Das kann ja jeder nachlesen. Ich habe schon nach Greifswald gesagt, das Urteil ist eigentlich auch für einen Laien so überzeugend, weil das Not..., also das Recht des Nothafens, das Nothafenrecht ist ja

(Minister Dr. Till Backhaus:
In welchem Nothafen ist er gewesen?)

für jeden auch einfach zu erklären und zu verstehen.

(Minister Dr. Till Backhaus: In keinem Nothafen.)

Da muss man nicht groß ein Jurist sein. Insofern ist das alles im Grunde geklärt.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das habe ich doch alles erklärt.)

Formell befinden wir uns noch im einstweiligen Anordnungsverfahren, aber die Rechtslage ist so eindeutig bestimmt von den Gerichten, sodass das so ein völlig klares Präjudiz ist auch für das Hauptsacheverfahren. Und natürlich ist es rechtlich zulässig, jetzt das Vernünftige zu tun, nämlich zu sehen zumindest, dass die Rechtslage sehr unsicher ist, dass das Schiff aber nicht noch Jahre da rumliegen kann, einen Haufen Geld kostet und natürlich ein Risiko ist. Ich will das nicht noch mal

vertiefen. Einerseits höre ich, ja, Risiko sehen wir alle, dann wieder, es ist kein Risiko. Es ist ein Risiko. Ich brauche mich ja da nur auf den Kronzeugen Dr. Backhaus zu beziehen, der das auch als Risiko ansieht, das Schiff loswerden will. Das hat er sehr deutlich gestern gesagt und heute auch. Und deshalb wendet man sich ja sogar an den Bund.

Aber was Sie dann betreiben, dass Sie auf alle möglichen anderen Gebiete ausweichen, in die Sanktionen ... Ja, wenn Sie denn jetzt mal gesagt hätten ganz real, was ist denn, weshalb haben wir denn diese Schattenflotte, mal ganz neutral, objektiv von den Ursachen, die Ursachenkette – die Schattenflotte haben wir als Folge der Sanktionen!

(Zuruf von Jutta Wegner,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war als ein Risiko der Sanktionen vorauszusehen,

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

genauso, wie wir von Anfang an gesagt haben, nach allen geschichtlichen Erfahrungen, die Sanktionen werden auf dem Schlachtfeld nichts ändern. Die Sanktionen haben unsere Wirtschaft ruiniert, die Sanktionen haben uns mehr geschadet als anderen – Originalton eines CDU-Landrats. Das ist die Situation. Aber die stehen ja gar nicht zur Debatte,

(Thomas Krüger, SPD: Deswegen
muss das noch lange nicht stimmen.)

die stehen überhaupt nicht zur Debatte. Es ist die Anwendung des Sanktionsrechts, das ja gar diese Ausnahme auch in der EU-Verordnung zulässt, das Nothafenrecht. Darum geht es alleine. Und wenn das mal in der Situation eigentlich, wenn die Bundesregierung aus meiner Sicht halbwegs gescheit wäre, dann würde sie erkennen, dass sie diese simplen Rechtsfragen verkannt hat, weil sich Frankreich, England und die Bundesregierung, die entsprechenden Minister, vorher zusammengetan haben

und haben, das ist verbrieft, und haben mit Brüssel noch telefoniert. Die fanden das alle toll. Jetzt ist das Schiff in Deutschland, und jetzt mal ran.

Aber so einfach ist es eben nicht, und deshalb ist das eine unverzeihliche Verkennung der Rechtslage. Die kann man aber jetzt ohne Gesichtsverlust, gerade nach den Gerichtsentscheidungen kann man den Schwarzen Peter den Gerichten zuschieben und ohne Gesichtsverlust aus der Kiste rauskommen,

(René Domke, FDP:
Das macht doch gar keiner.)

indem man sagt, na ja, die Rechtslage ist ja ungeklärt, aber das Risiko ist, dass das Schiff noch da Jahre liegt, einen Haufen Geld kostet und keiner weiß, was am Ende rauskommt. Lasst das Schiff mal wieder laufen! So würde man in jedem Zivilprozess auch vorgehen. Wenn es private Parteien wären, würde man sagen, willst du jetzt noch Jahre das Schiff haben mit dem ganzen Kostenrisiko, die Obhut und, und, und, oder ist es bei dieser unsicheren Rechtslage nicht besser, ihr lasst das Schiff raus.

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig! –
Zuruf von René Domke, FDP)

Und Sie haben natürlich sich völlig verritten, denn im Agrarausschuss ist ja im März, glaube ich, besprochen worden, was geschehen soll. Da hat die Staatssekretärin gesagt, ja, es wird jetzt, es ist geplant, jetzt in Kürze Schiff zu Schiff das Schiff leerzupumpen, zu löschen praktisch. Das war damals Ihr Glaube. Sie haben sich verrannt, Sie haben die Rechtslage nicht erkannt. Das kann jedem passieren, nur, wenn es einer Bundesregierung passiert, wo nun sicherlich genug tolle Juristen sitzen, dann ist es politisch jedenfalls ein Armutszeugnis.

Deshalb, dass sich Deutschland hier blamiert hat, das wird in die Geschichtsbücher eingehen. Das ist aber nicht unsere Schuld, das ist die Schuld dieser, die das oben so entschieden haben, weil Sie hier einen Sanktionskrieg betreiben wollten im Sanktionseifer, weil Sie wahrscheinlich nur alles das im Kopf haben, was Sie in aller Breite hier geschildert haben, wie schlimm das alles ist, nur das hat nichts mit dem

Thema zu tun. Es geht um unser Land, es geht um unser Rügen, es geht um unsere Ostsee.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: Richtig!)

Und egal, wie hoch das Risiko ist, Sie können die Katastrophen nicht ausschließen. Und jetzt stellen Sie sich mal vor, Sie bleiben jetzt, wie Dr. Terpe, der meint, das sei rechtsstaatlich, jetzt das Hauptsacheverfahren vielleicht in ein/zwei Jahren noch abzuwarten, so lange liegt die da,

(René Domke, FDP: So lange dauert das nicht.)

wird vielleicht von Muscheln angefressen,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nee, nee, nee, nee!)

so, und dann kommt es zur Katastrophe.

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen Sie denn dann noch in den Spiegel gucken, wenn Sie heute hier unserem Antrag nicht zustimmen?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Einzige, was Sie treibt, ist die Tatsache,

(Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass Sie nie und nimmer

(Glocke der Präsidentin)

einem Antrag der AfD zustimmen wollen, weil das Ihr Glaubensbekenntnis ist, ein Glaubensbekenntnis, das auf einer Todsünde aufbaut, weil es Irrsinn ist,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

undemokatisch und letztlich nicht durchführbar. Ihnen ist die Feindschaft der AfD wichtiger als unser Land, das ist der Punkt am Ende. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos –
Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Jawoll! –
Enrico Schult, AfD: So ist es.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Heiterkeit und Zuruf von
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90//DIE GRÜNEN)

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 8/5687. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/5687 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen durch die übrigen Fraktionen abgelehnt, und der Gruppe der FDP.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** ...